



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

BBU: WEITERE HEIZKOSTENSTEIGERUNGEN NICHT HINNEHMBAR

11.01.2007 Fachinformation

Der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. (BBU) steht dem gestern von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel vorgeschlagenen Heizkostenaufschlag zur Finanzierung von Förderprogrammen für erneuerbare Energien skeptisch gegenüber. BBU-Vorstandsmitglied Ludwig Burkardt: "Es ist kaum verständlich, wie vor dem Hintergrund ohnehin schon starker Preissteigerungen für Heizenergie seitens der Bundesregierung hier noch weitere Belastungen überhaupt in Erwägung gezogen werden können." "Die Versorger haben die Energiepreise 2006 kräftig angehoben. Weitere Preisaufschläge der Anbieter und die Mehrwertsteuererhöhung werden aller Voraussicht nach auch 2007 für weitere Steigerungen sorgen. Was wir jetzt nicht brauchen, ist noch eine weitere Abgabe", erklärte Burkardt in Berlin. Weshalb neben der Ökosteuer, die schon eine beträchtliche Verteuerung der Energie gebracht habe, noch eine zusätzliche Umweltabgabe erhoben werden solle, bleibe zudem unklar, so das BBU-Vorstandsmitglied. Darüber hinaus konterkarierten weitere Abgaben auf Energie alle Bemühungen zur Schaffung von mehr Preistransparenz. "Die Versorger würden die neue Abgabe zum Anlass für weitere Preissteigerungen nehmen, so wie es in der Vergangenheit immer wieder der Fall war." Den Verbrauchern gegenüber würde dann seitens der Unternehmen angeführt, man habe mit den Preissteigerungen lediglich Abgabenerhöhungen weitergegeben. Nach Einschätzung des BBU sei es sinnvoller, eher bei erfolgreich erprobten Projekten wie der KfW-Förderinitiative "Wohnen, Umwelt, Wachstum" mit ihrem CO₂-Gebäudesanierungsprogramm anzusetzen. "Die Mitgliedsunternehmen des BBU haben in Berlin und Brandenburg seit dem Jahr 2000 mehr als zwei Mrd. Euro in Modernisierungsmaßnahmen investiert. Dabei ging es oft auch um Verbesserungen der Dämmungen und die effizienzsteigernde Erneuerung von Heizanlagen", so Burkardt. Das komme auch der Umwelt zu Gute. "Wenn die Unternehmen der Wohnungswirtschaft vielfach große Anstrengungen unternehmen, um die Betriebskostensteigerungen für ihre Mieter so gering wie möglich zu halten, darf die Politik nicht querschießen. Das ist nicht im Sinne der Mieter, und das sind in Berlin immerhin mehr als 85% und in Brandenburg gut die Hälfte aller Haushalte." Unter dem Dach des BBU sind 363 Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften der Länder Berlin und Brandenburg vereinigt. Die von den BBU-Mitgliedern verwalteten ca. 1,11 Millionen Wohneinheiten stellen 30 % des Wohnungsbestandes in Brandenburg und 38 % aller Wohnungen in Berlin dar.

<https://bbu.de/beitraege/bbu-weitere-heizkostensteigerungen-nicht-hinnehmbar>